Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — **Abonnement** bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal.
Inserate die fünfgespaltene Petitzeile 20 Pfg. — **Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Hannover,** Nieschlagstraße 23.
Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: **R. Wiehle, Linden-Hannover,** Nieschlagstraße 23. **Postzeitungsliste: Nr. 1526a.**

Nr. 43. **Hannover, den 28. Oktober 1893.** **3. Jahrgang.**

Bekanntmachung.

Wenn je in einem Jahre die Arbeitslosigkeit eine große gewesen ist, so in diesem Jahre. In den letzten 10 Jahren (nicht allein in letzter Zeit) konnte man fortgesetzt die Zunahme von Jahr zu Jahr merken. Der widerliche Konkurrenzkampf der Brauereien hat gezeigt, wie die Existenz der kleinen und mittleren Geschäfte immer mehr bedroht ist und die Zahl derer, welche theils ihren Betrieb eingestellt haben, resp. einstellen mußten, ist nicht gering. Dadurch ist aber auch ein großer Theil unserer Kollegen (denn die Kleinbrauereien haben meistens gelernte Leute beschäftigt) arbeitslos geworden. (Siehe unsere früheren Ausführungen.)

Unser Verband hat sich im verflossenen Jahre eines riesigen Aufschwungs zu erfreuen gehabt. Zwar haben sich meistens jene Kollegen als Mitglieder gemeldet, welche in einer gedrückten wirthschaftlichen Lage sich befanden und glaubten, im Falle der Arbeitslosigkeit dann die Unterstützung in Anspruch nehmen zu können. Wir haben nun ja nicht den Vorzug, nur solche Mitglieder im Verbande zu besitzen, die **nicht** arbeitslos werden, sondern ein Theil unserer Mitglieder ist oft monatelang arbeitslos und haben wir im Laufe des Sommers einer großen Zahl derselben die Beiträge erlassen. **Die Zweigvereine und Zahlstellen sind derartig um Unterstützung angegangen worden, daß nothgedrungener Weise die vorhandenen Mittel nicht ausreichen konnten, um allen den vielen gestellten Anforderungen in dieser Weise begegnen zu können.** Beispielsweise wurden im Laufe des Sommers allein in Berlin 2100 Mk., in Hannover 480 Mk., in Hamburg 400 Mk., in Dortmund 350 Mk., in Frankfurt a. M. 500 Mk. ꝛc. dafür verausgabt.

In Folge dessen konnten die **Zweigvereine** ihren statutarischen Verpflichtungen, 60 Pfg. an die Verbands-Hauptkasse abzuliefern, nicht nachkommen, wodurch die Einnahmen der **Hauptkasse**, von welcher die Presse, Statuten, Bücher, Stempel, kurz alle Verwaltungsobjekte, welche gebraucht werden, beschafft und bezahlt werden müssen, in den letzten Monaten sehr gering waren. Aus diesem Grunde hat der Verbandsvorstand beschlossen,

eine Extrasteuer

im Monat November in der Höhe von 80 Pfg. (einer Monatsmarke)

zu erheben, um auf diese Weise der Hauptkasse mehr Mittel zuzuführen, damit im Falle irgend welchen wirthschaftlichen Kampfes uns sofort Mittel zur Verfügung stehen.

Es beträgt also der Beitrag im **November 1,60 Mk.** pro Mitglied und sind von den Zweigvereinen und Zahlstellen davon **1,40 Mk.** der Hauptkasse zuzuführen.

Hannover, den 20. Oktober 1893.

Für den Hauptvorstand.
J. A.: R. Wiehle.

Der soziale Kongreß des Freien Deutschen Hochstiftes in Frankfurt a. M.

(8. und 9. Oktober 1893).

Es war eine äußerst gemischte Gesellschaft, die sich am 8. Oktober d. J. auf Veranlassung der volkswirthschaftlichen Sektion des Freien Deutschen Hochstiftes im Saale des „Kaufmännischen Vereins" in Frankfurt a. M. eingefunden hatte, um über die wichtigsten Themata Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenstatistik und Arbeitsvermittelung zu diskutiren.

Das Freie Deutsche Hochstift, eine rein private Körperschaft, eine freie Vereinigung von Gelehrten, welche die sozialen Strömungen vom Standpunkt wahrer Wissenschaft aus betrachtet, hatte allen Theilnehmern des Kongresses freie Aussprache ihrer Ansichten über die genannten Punkte zugesagt und so fanden sich denn die politisch, wie auch wirthschaftlich sich feindlich gegenüberstehenden Elemente zusammen. Da waren neben Doktoren und Professoren, Vertreter von Fabrikantenvereinigungen, Handelskammern, Magistraten, Polizeibehörden, statistischer Bureaux auf der einen Seite und auf der anderen Seite Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und der deutschen Gewerkschaften, ausgesprochene Sozialdemokraten neben den politisch-konservativsten Elementen. Ein so gemischt zusammengesetzter Kongreß dürfte wohl noch nie stattgefunden haben, und war es daher richtig, daß von vornherein festgesetzt war, daß Beschlüsse nach Beendigung der Diskussion nicht gefaßt werden sollten. Im Ganzen waren 212 Vertreter angemeldet, von denen etwa 150 an den Verhandlungen am 8. Oktober und etwa die Hälfte hiervon am 9. Oktober theilnahmen. Auffallend war hierbei, daß die Vertreter der Arbeiter bis zuletzt am Platze blieben, während ein großer Theil der anderen Vertreter den Kongreß schon vor Schluß desselben verließ. Es mag dies seinen Grund wohl auch darin haben, daß von den Arrangeuren des Kongresses in Aussicht genommen war, die Verhandlungen in einem Tage zu beendigen, und deshalb die Vertreter, welche nicht, wie die Arbeiter, aus Erfahrung wissen, wie sich solche Kongreßverhandlungen in die Länge ziehen, sich dementsprechend eingerichtet hatten. Am 9. Oktober trug der Kongreß fast nur noch den Charakter einer gewerkschaftlichen Konferenz, und waren es fast ausschließlich Arbeiter, die sich an der Debatte betheiligten. Von den angemeldeten Vertretern waren etwa 100 aus Frankfurt a. M. oder dessen nächster Umgebung. Besonders stark waren die am Gewerkschaftskartell betheiligten Frankfurter Gewerkschaften vertreten. Von Vorständen der Zentralvereine hatten sich acht, größtentheils durch ihre Vorsitzenden, vertreten lassen, außerdem war auch ein Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anwesend. Als eine interessante Figur des Kongresses mag noch der Vertreter des Magistrates in Iserlohn, ein Polizeikommissar in voller Uniform, angeführt werden, der so gesunde Ansichten über das Recht auf Arbeit und die Verpflichtung der Gesellschaft, dem Nothleidenden die Existenz zu sichern, aussprach, daß, wenn nur ein Theil dieser gesunden Vernunft bei anderen mit obigem Herrn in gleicher Lebensstellung befindlichen Personen vorhanden wäre, manche Dinge, die uns heute die Schamröthe in's Gesicht treiben, in Deutschland nicht passiren würden. Bei dieser Zusammensetzung des Kongresses war es natürlich, daß die ausgesprochenen Meinungen, allerdings immer in den Grenzen des parlamentarischen Taktes sich haltend, scharf aufeinanderstießen.

Das einleitende Referat über den modernen Arbeitsvertrag hielt Herr Professor Dr. Tönnies aus Kiel. Der Referent schilderte die Vereinbarungen zwischen dem Käufer und Verkäufer der Arbeitskraft vom rein wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus und kam zu dem Schluß, daß die Entwicklung dahin gehen würde, daß die Gemeinden den Besitz an Grund und Boden ausschließlich als Gemeineigenthum erwerben und die zu verrichtende Arbeit an die Arbeiterorganisationen übertragen werde. Einige interessante Punkte dieses Vortrages anzuführen, wollen wir nicht unterlassen. Der Referent sagte unter Anderem: Wir stehen heute vor der Thatsache, daß die Produktivkräfte ihren Leitern über den Kopf gewachsen sind und wenn wir noch zehn Jahre so fortfahren, dann wehe! Ferner: Ein Volk, das seinen Grund und Boden ohnmächtig der kapitalistischen Ausbeutung überläßt, kann nur eine zusammengewürfelte Gesellschaft sein. Die allgemeine Arbeitspflicht muß laut und deutlich verkündet werden. Die Arbeitskraft kann nicht nach dem jeweiligen Willen des Kapitals theils ausgenutzt werden, theils brach liegen. Der Schlußgedanke war die von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Ueberführung des Grund und Bodens in den Gemeinbesitz der Gesellschaft. Dieser wissenschaftlichen Erörterung des Arbeitsvertrages und dem Ausblick auf die später eintretende Art der Organisation der Arbeit folgte ein Referat des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Herrn Kloß, über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und deren Beseitigung, sowie deren Milderung durch in Zeiten der Krisis von den Gemeinden zu unternehmende Nothstandsarbeiten. Der Vortragende wies nach, daß der Mangel an Arbeitsgelegenheit nicht durch äußere, momentan eintretende Ursachen, wie Kriegführung, Kriegsgeschrei, Zollkriege und dergleichen hervorgerufen werde, sondern zu einer dauernden Erscheinung in unserem Wirthschaftsleben geworden sei, mithin auch tiefer liegende Ursachen haben müsse. Diese Ursachen seien in der Art unserer Produktion zu suchen. Die Entwickelung der Technik mache einen Theil der menschlichen Arbeitskraft überflüssig. Eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit könne daher nur durch eine Umgestaltung unserer Produktionsverhältnisse in sozialistischem Sinne herbeigeführt werden. Eine bemerkbare Verringerung der Arbeitslosigkeit würde auch durch Festsetzung eines Normal-Arbeitstages, der nicht auf längere Zeitdauer hinaus fixirt, sondern, den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend, gesetzlich festgesetzt werden müsse, herbeigeführt werden. Dadurch würde die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung erhöht und der Industrie Absatz im eigenen Lande gesichert. Nothstandsarbeiten können nur vorübergehend von Erfolg sein und müßte darauf Bedacht genommen werden, daß dadurch nicht die Arbeitsgelegenheit während der günstigeren Geschäftsperiode genommen würde. Auch sei bei den Nothstandsarbeiten darauf zu sehen, daß den Berufsarbeitern eine ihrem Berufe entsprechende Beschäftigung gegeben würde, da sonst diesen oft lange die Möglichkeit genommen wäre, wieder in ihrem Gewerbe Beschäftigung finden zu können.

Ueber die Arbeitslosenstatistik sprach Herr Dr. Hirschberg, Direktorialassistent des statistischen Bureaus in Berlin. Nach den Ausführungen des Referenten könne eine Statistik über Arbeitslosigkeit theils durch selbstständige Erhebung, theils durch Benutzung vorhandener Einrichtungen aufgenommen werden. Bei der Statistik wären neben den Handarbeitern auch die Bureauarbeiter, Kaufleute und kleine Gewerbetreibende zu berücksichtigen. Dann wäre auch besonders darauf Rücksicht zu nehmen, daß die aus Unlust zur Arbeit Arbeitslosen von den aus anderen Ursachen arbeitslos Gewordenen in der Statistik getrennt würden.

Die Armenverwaltungen, die Gerichte, die Ortskrankenkassen und auch die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung wären Einrichtungen, bei denen eine ständige Zählung der Arbeitslosen möglich sei. Der Arbeitsnachweis würde sich weniger dazu eignen, weil die Arbeitslosen sich bei dem schlechtesten Geschäftsgang doch nicht melden würden, weil ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden könne. Die von den Arbeitern veranstalteten Arbeitslosenstatistiken tragen einen tendenziösen Charakter, wie Redner an einigen für diesen Zweck erlassenen Aufrufen darzuthun suchte. Er rathe den Arbeitern, sich nicht mit der Arbeitslosenstatistik zu befassen, weil in Arbeiterkreisen nicht genügend Kräfte vorhanden seien, um die schwierigen Arbeiten der Zusammenstellung der Zahlen machen zu können. Das Zweckmäßigste wäre, bei einer Volkszählung auch eine Zählung der Arbeitslosen vorzunehmen.

An diese Referate schloß sich eine eingehende Diskussion, welche sich bald hauptsächlich auf dem Gebiete der Arbeitsvermittelung bewegte. In dieser Diskussion wurden besonders die Bemerkungen des einen Referenten über die Arbeitsscheuen und über die Tendenz der von den Arbeitern veranstalteten Arbeitslosenstatistiken von den Vertretern der Arbeiter energisch zurückgewiesen. Man könne nur mit Vorsicht von Arbeitsscheuen sprechen, denn es wäre nothwendig, bei Beurtheilung der Sache den Weg der Entwickelung, welchen diese sogenannten Arbeitsscheuen durchgemacht haben, näher zu betrachten. Manche der auf dem Kongreß anwesenden Arbeitervertreter haben auch schon an der Grenze gestanden, zu dem sogenannten Vagabundenthum herabzusinken. Ferner werde sich nicht nachweisen lassen, daß die von den Arbeitern zusammengestellten Zahlen bei den Arbeitslosenstatistiken irgend welche tendenziöse Färbung hätten. Die Aufrufe zur Betheiligung an der Arbeitslosenstatistik müßten so abgefaßt werden, wie geschehen, weil es schwer hält, die Arbeiterschaft zur Theilnahme an der Statistik zu bewegen.

Die Vertreter der Gewerkschaften waren sich bei ihren Ausführungen dahin einig, daß Arbeitslosenstatistiken in bestimmten Zwischenräumen zu veranstalten seien und die Erhebung in der Weise zu erfolgen habe, daß die Kommunalbehörden die Kosten des Unternehmens zu tragen und geschulte Statistiker zur endgültigen Zusammenstellung der gewonnenen Resultate zu stellen haben, während die Aufnahmen selbst durch die Arbeiterorganisationen zu erfolgen hätten und zwar durch an einem bestimmten Tage auszugebende und wieder einzuziehende Zählkarten. Die Arbeiter sind, wie ihre Versuche zeigen, bereit, auf diesem Gebiete zu arbeiten; wenn sie nur ein wenig von den Behörden unterstützt würden, so würden auch gute Resultate gezeitigt werden.

Der Arbeitsnachweis ist eine Einrichtung, die ausschließlich von den Arbeitern zu verwalten sei, da die Interessen der Unternehmer und Arbeiter sich nur schwer auf diesem Gebiete in friedlicher Weise berühren würden. Hierzu wäre vor allen Dingen erforderlich, daß die Arbeiter resp. deren Organisationen als gleichberechtigte Faktoren bei Festsetzung des Arbeitsvertrages gelten, und hiervon sind wir zur Zeit in Deutschland noch weit entfernt. Die Kosten für die Einrichtung und Erhaltung des Arbeitsnachweises haben die Kommunen zu tragen. Außerdem sei es wohl angebracht, zur Kontrole des Arbeitsnachweises ein Schiedsgericht, aus Unternehmern und Arbeitern bestehend, einzusetzen, wenn auch hiervon wenig zu erwarten sei, weil die Unternehmer sich nicht daran gewöhnen könnten, die Arbeiter als gleichberechtigte Menschen anzuerkennen. In diesem Sinne sprachen sich sämmtliche Vertreter der Gewerkschaften aus. Sie erklärten sich jedoch bereit, auch die Einrichtung eines Arbeitsnachweises, wie er in Stuttgart von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Lauten-

schlager, vorgeschlagen sei, zu unterstützen, nicht aber eine Einrichtung, wie sie nunmehr dort nach der Anordnung durch den Gemeinderath beschlossen werden soll. Besonderes Gewicht wurde auch darauf gelegt, daß den Arbeitern aller Berufszweige das volle Vereinigungsrecht gewährt werden müsse, ehe eine wesentliche Aenderung des jetzigen Zustandes erreicht werden könne.

Darüber, daß die Arbeitsnachweiseinrichtungen von den Kommunen zu beschaffen seien, waren sich fast alle Vertreter auf dem Kongreß einig. Es kam allerdings auch ein Vorschlag, die Arbeitsvermittelung durch einen Verein, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend, besorgen zu lassen, doch schien für diesen Plan auf keiner Seite eine größere Sympathie vorhanden zu sein. Darüber aber, wie diese von den Kommunen eingerichteten Arbeitsnachweise verwaltet werden sollten, war die Meinung getheilt. Während die Arbeitervertreter für die Verwaltung durch die Arbeiter plädirten, vertraten die Delegirten der Unternehmerorganisationen die Verwaltung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, während Andere wieder die Verwaltung durch Kommunalbeamte besorgt wissen wollten. In der Debatte mußten seitens der Arbeitervertreter manche Illusionen zerstört und falsche Behauptungen widerlegt werden. So glaubten einzelne Vertreter in der Regelung der Arbeitsvermittelung eine Versöhnung der sozialen Gegensätze herbeiführen und auch eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit schaffen zu können. Diese Meinungen fanden bei den Arbeitern keinen Anklang, denn diese erklärten, daß sie alle diese Einrichtungen nur als eine Ebnung des Weges zur sozialen Umgestaltung der Verhältnisse zur kollektivistischen Produktion und Konsumtion betrachten. Durch den Arbeitsnachweis würde auch nicht eine Arbeitsstelle mehr geschaffen. Dann mußte auch die Behauptung eines Fabrikanten, die Sozialdemokraten benutzten ihre Arbeitsnachweise dazu, um ihre Genossen zwecks Agitation in die Fabriken zu bringen, damit zurückgewiesen werden, daß wir noch keine sozialdemokratischen Arbeitsnachweise haben und unsere Genossen nicht in die Fabriken zu bringen brauchten, weil sie auch ohne Hülfe des Arbeitsnachweises darin wären, da die sozialdemokratischen Arbeiter der intelligentere Theil der Arbeiterbevölkerung seien.

In diesem Sinne bewegten sich die Debatten und konnte der Vorsitzende des Kongresses konstatiren, daß die Verhandlungen folgende Meinungen zu Tage gefördert haben:

Vermittelung der Arbeit durch einen von den Behörden unabhängigen Verein von Unternehmern und Arbeitern; Arbeitsvermittelung durch die Kommunen durch von diesen angestellte Beamte; Arbeitsvermittelung auf Kosten der Kommunen bei gemeinsamer Verwaltung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Arbeitsvermittelung auf Kosten der Kommunen bei Verwaltung durch die Arbeiter.

Ein positives Resultat ist also nicht erreicht und, wie vorauszusehen, eine Einigung auf einen Punkt nicht erzielt worden. Deswegen wäre die Frage zu stellen, welchen Werth dieser Kongreß für die Arbeiter hatte. Dieser Werth liegt einmal darin, daß die Arbeiter Gelegenheit hatten, ihre Meinung auch einmal vor anderen als nur aus Arbeitern bestehenden Zuhörern offen aussprechen zu können. Ferner haben die Kongreßverhandlungen dargethan, daß in Bezug auf unsere sozialen Verhältnisse die wahren Vertreter der Wissenschaft mit der Meinung der Arbeiter übereinstimmen und gleichfalls nicht glauben, daß ohne eine Aenderung unserer Produktionsverhältnisse eine Beseitigung des Elends der Menschheit herbeigeführt werden kann.

Ferner wird das Protokoll der Kongreßverhandlungen den Behörden und den Arbeiterkreisen fernstehenden Personen gelesen und so diesen ein Einblick in die Wünsche der Arbeiter in Bezug auf die Arbeitsnachweiseinrichtungen und ihrer Meinung in Bezug auf die weitere Gestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse gegeben werden. Aus diesen Gründen läßt sich erwarten, daß die Stadtverwaltungen, wenn sie sehen, daß Gelehrte und Arbeiter in der Forderung, Regelung der Arbeitsvermittelung durch die Kommunen, übereinstimmen, diesen Forderungen Folge geben und sei es zunächst durch Errichtung von Arbeitsnachweisen nach Art des in Stuttgart geplanten Arbeitsamtes. Bei der Agitation für die Arbeitsvermittelung durch die Kommunen, nach den Wünschen der Arbeiter, werden diese Kongreßverhandlungen von großem Nutzen sein. Deswegen ist den Arbeitern das Studium des Kongreßprotokolles und die Benutzung der dort gegebenen Anhaltspunkte für ihre Agitation zu empfehlen. (Corresp.-Bl.)

Wer verdrängt die Brauergesellen?

Es nimmt sich recht drollig aus, wenn man die „Bundes-Zeitung" zur Hand nimmt und darin liest, daß unser Verband den Bund der Gesellen und sein Organ fürchtet, weil, nun weil wir in jeder Nummer unseres Organs den Gegnern so viel Raum widmen. Daß das unsern Widersachern recht unbequem ist, namentlich, wenn ihnen durch unwiderlegliche Thatsachen bewiesen wird, daß sie sich recht grobe Irrthümer zu Schulden kommen lassen, Irrthümer, die um so bedenklicher erscheinen, weil sie geeignet sind, Unternehmerorganisationen in besserem Lichte erscheinen zu lassen als sie es verdienen, wußten wir schon längst. Unsere Gegner scheinen aber gehofft zu haben, daß wir alle die laut gewordenen Verdächtigungen gegen einzelne Personen ruhig hinnehmen würden, wie ein Hund die Prügel von seinem Herrn, Verdächtigungen, deren jede „ein Nachttopf und kein leerer". Sollten sie das wirklich gehofft haben, dann haben sie sich eben getäuscht; so wie man in den Wald hineinschreit, hallt es daraus wieder. Wir lieben zwar die hochanständig sein sollende Schreibweise der „Bundeszeitung" nicht, aber — auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil. Und nach wie vor werden wir der „Bundeszeitung", soweit es eben mit unseren Ansichten von Anstand vereinbart ist, auf die Finger klopfen, wo sie unter Wahrung der Interessen der Unternehmer die Interessen der Arbeitnehmer schädigt, und zwar bewußt schädigt.

Wie gesagt, die angebliche Furcht nimmt sich recht drollig aus und besonders, wenn man sieht, daß selbst der Raum der „Bundeszeitung" zum größten Theil mit Artikeln und Artikelchen ausgefüllt ist, die entweder uns besudeln oder aber das von unserem Organ Gebrachte abzuschwächen, bezw. zu widerlegen suchen, mit welchem Erfolg, wird ja die Zukunft zeigen. —

Durch die beiden letzten Nummern der „Bundes-Zeitung" zieht sich nun ein Sprechsaal-Artikel, der, wie wir anerkennend bemerken, gegen die sonst üblichen Schimpfereien wohlthuend absticht, wenn sie auch nicht vollständig fehlen; doch, wenn alle Artikel so gehalten wären, würden wir dahin kommen, die uns trennenden Auffassungen von dem heutigen wirthschaftlichen Getriebe in ruhigerer und leidenschaftsloserer Weise zu besprechen und mit einander auszufechten. Auch in diesem Artikel sind Anschauungen niedergelegt, die nach unserer Meinung nicht das Richtige treffen und deshalb auch zu falschen Schlußfolgerungen führen müssen. Wir halten es deshalb für angezeigt, uns ein wenig mit denselben zu beschäftigen.

Zunächst wird darin die nicht zutreffende Behauptung ausgesprochen, daß sich die „Gesellen" in unvernünftiger Weise selbst Konkurrenz schaffen, wäre dies nicht der Fall, so brauchten die Brauerfamilien nicht zu darben, denn an Stelle der Tagelöhner ständen Familienväter, die Brauergesellen sind. Hierzu wollen wir bemerken, daß es doch ein wenig gewagt ist, zu behaupten, daß, wenn die Gesellen sich die Konkurrenz nicht schaffen, die an Stelle der Tagelöhner eingestellten Brauergesellen „Familienväter" sind; unseres Wissens nach giebt es zahlreiche „Brauergesellen", die noch lange nicht daran denken, „Familienväter" zu werden. Doch das nur nebenbei. Es heißt dann weiter: In Berlin hat die Einstellung von Tagelöhnern besonders seit dem Frühjahr 1890 begonnen und zwar nur, um die **Hetzereien der ewig Unzufriedenen zu dämmen oder zu beseitigen.**

Da haben wir's! Die Brauergesellen schaffen sich eine Konkurrenz durch die „Hetzereien der ewig Unzufriedenen", die Hetzereien der ewig Unzufriedenen tragen die Schuld daran, daß immer mehr Tagelöhner in die Brauereien einziehen und demensprechend Brauergesellen brodlos machen. Eine andere Lesart läßt das Mitgetheilte nicht zu. In den ferneren Ausführungen wird dann noch gesagt, daß die unzufriedenen Brauer Sozialdemokraten wurden, weil sie auf die Hilfe der letzteren angewiesen waren und diese Hilfe nur „Rothen" zu theil würde, was beiläufig gesagt, nicht zutrifft. Also einmal soll „die Hetzerei der ewig Unzufriedenen" und ferner das Anrufen der „Herren Rothen" Schuld daran sein, daß immer mehr Tagelöhner in den Brauereien angestellt und dadurch die Brauergesellen verdrängt werden.

Um dies zu beweisen, werden eine Anzahl Berliner Brauereien 2c. einzeln aufgeführt und mitgetheilt, wie viel Tagelöhner auf einer jeden und seit wann sie beschäftigt sind. Nach dieser Aufstellung, deren Richtigkeit wir anzuzweifeln keine Ursache haben, giebt es in Berlin nur fünf Brauereien, die **keine** Tagelöhner beschäftigen, in den übrigen sind von 1 bis 48 und zwar insgesammt 154 thätig (der Schreiber dieses Artikels hat nur 142 herausgezählt, weil bei ihm die Tagelöhner zweier Brauereien außer Betracht kommen, weshalb, wird nicht gesagt.) Es wird dann noch gesagt, daß „die Weißbierbrauereien" zumeist **nur** Tagelöhner und je einen Meister beschäftigen.

Danach müßte also nach der Anschauung des Verfassers jenes Artikels „die Hetzerei der ewig Unzufriedenen" in den **Weißbierbrauereien** am ärgsten gewesen sein, müßten sich die in diesen Brauereien früher beschäftigten Gesellen am häufigsten mit den „Rothen" verbunden haben, und um endlich den ersehnten Frieden, die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder herzustellen, wurden dann von den friedliebenden Unternehmern Tagelöhner angestellt und aus keinem anderen Grunde. In allen anderen Brauereien hingegen, wo keine Tagelöhner beschäftigt werden, hätte es nach obiger Beweisführung keine Unzufriedenen gegeben.

Merkwürdig, höchst merkwürdig erscheint es uns, daß von den 28 aufgeführten Brauereien nur fünf keine Tagelöhner beschäftigen, aber noch merkwürdiger, daß die eingestellten Tagelöhner einen weit geringeren Lohn beziehen, als die Brauergesellen, obwohl sie dasselbe leisten müssen. Sollten sich die Mitglieder des Bundes nur auf die fünf Brauereien erstrecken und sollte es den Besitzern der übrigen Brauereien nicht möglich sein, wenn sie solche Furcht vor den „ewig Unzufriedenen" hatten, an Stelle dieser, „Bundesgesellen" einzustellen, die doch gewiß den Frieden nicht stören würden? Und wie kommt es denn, daß in einigen Brauereien die Tagelöhner erst ganz kürzlich eingestellt, bezw. die Zahl derselben erhöht wurde?

Blaublut.

Sozialer Roman von Edmund Schröpel.

8) (Nachdruck verboten.)

VI.

Am nächsten Morgen berief Graf Schewing seine Söhne auf sein Arbeitszimmer.

„Meine Söhne," begann der Graf, als die beiden, Heinrich mit finsteren und erwartungsvollen Blicken, Karl hingegen mit blasierter Miene und einem Lächeln, vor ihm standen; „meine Söhne, zwingende Umstände veranlassen mich zu einem Schritte, der mich sowie Eure Mama auf das Schmerzlichste berührt. Ich muß Euch nämlich eröffnen, daß Ihr im Verlaufe von einigen Tagen oder auf Wunsch sofort das Elternhaus verlassen werdet. — Versteht mich ja nicht falsch, meine Söhne," fuhr der Graf fort, „ich will damit nur Euer Bestes. Meine Gemahlin und ich haben darüber Rücksprache genommen und sind beide zu dem Schlusse gekommen, daß es am besten wäre, Euch zur weiteren Ausbildung bis zu Eurer Volljährigkeit auf Reisen zu schicken! Ihr sollt das Elternhaus verlassen, um auf der hohen Schule des Lebens weiter zu studieren. Bevor ich zu dem Schlusse meiner Eröffnung gelange, fühle ich die Verpflichtung, auch über materielle Verhältnisse mit Euch zu sprechen, da Ihr in einem Alter seid, um mich in dieser Beziehung klar verstehen zu können. Mein Besitz besteht in dem mir von meinen Vorfahren erblich hinterlassenen Majorat, der Herrschaft Felsendorf; die Einkünfte dieser Herrschaft bestreiten die Kosten unseres hiesigen Aufenthaltes und Eurer Erziehung, sowie der äußeren Repräsentation unseres Hauses. Meine Gemahlin hat es verstanden, durch musterhafte Wirthschaftlichkeit unseren Haushalt derartig zu regeln, daß unsere Einkünfte trotz Eurer Erziehungskosten und meinen mitunter noblen Passionen nicht allein nicht überschritten, sondern nicht einmal erschöpft wurden. Es ist ihr gelungen, in der dreiundzwanzigjährigen Zeit unserer Ehe mehr als hundertzwanzigtausend Gulden für Euch beide zu sparen. Die Zinsen dieses Kapitals, welches in fünfprozentigen Staatspapieren besteht, die bei dem Bankhause Weigant und Co. deponirt sind, sollen Euch zum Lehrgeld dienen. Das Kapital darf unter keinen Umständen angetastet werden, denn die Zinsen desselben sollen einst — da sich erst nach zwei Jahren entscheidet, wer von Euch Majoratserbe wird — für den Nichtmajoratserben als Lebensrente dienen. Diese Erklärung also, meine Söhne, habe ich Euch geschuldet."

Graf Schewing hatte geendet. Er hatte die Erklärung in ruhiger Weise, aber mit scharfer Betonung, bis auf die letzte Eröffnung betreffs des Majoratserbes, welche er in gedämpfterem Tone abgegeben, vorgebracht.

Beide Söhne blickten den Grafen mit verschiedenen Gemüthsstimmungen an.

In Heinrichs Augen lag ein unendlicher Schmerz, ein Ausdruck von Ueberraschung über die vom Vater soeben gemachte Eröffnung, während sich auf dem Antlitz Karls ein unverkennbarer, mißgestimmter Zug, eine gewisse Unzufriedenheit zeigte.

„Also, meine Herren," fuhr Graf Schewing, seinen Söhnen zeremoniell die Hand reichend, fort, „Ihr wißt nun, woran Ihr Euch zu halten habt; von diesem Tage ab, an welchem Ihr das väterliche Haus verlaßt, werden Euch von den Herren Weigant u. Co. gegen meine Anweisung 3000 Gulden für die Bestreitung Eures Lebensunterhaltes für ein Jahr ausbezahlt. Bis zu Eurem vierundzwanzigsten Jahre steht Euch dieselbe Summa bei diesem Bankhause jährlich zur Verfügung. Auf besonderen Wunsch meiner Gemahlin jedoch empfängt das Bankhaus die bestimmte Ordre, keinem von Euch in der Zwischenzeit einem Vorschuß oder ein Darlehen zu gewähren. Mit 3000 Gulden können junge Leute Euren Alters reichlich und anständig auskommen. Andere Leute Euren Alters müssen sich diese Summe erst verdienen, das will ich vermeiden. Aber wenn es Euch gelingt, durch den Beruf, welchen Ihr vielleicht wählt, Euer Einkommen zu vergrößern, so habe ich nichts dagegen einzuwenden. Meine Hoffnung besteht darin, am Tage Eurer Großjährigkeit zwei junge Leute zu begrüßen, welche die Schule des Lebens in allen Phasen genossen haben, und auf Grund ihrer Beobachtungen, Erscheinungen und Kenntnisse allen Zufälligkeiten des Lebens Trotz zu bieten im Stande sind. Nun, meine Söhne, habt Ihr mich verstanden?"

Die beiden jungen Männer drückten dem Vater, und zwar mit verschiedenen Empfindungen, die Hand.

In diesem Augenblick trat Gräfin Ottilia in das Gemach.

„Ich habe jedes Wort Eurer bisherigen Unterredung mit angehört," begann sie mit bebender Stimme, während ihre Blicke liebevoll und zärtlich zu Heinrich hinüberschweiften. „Mein Herr Gemahl hat mir aus dem Herzen gesprochen. Der Wunsch, daß Ihr die Schule des Lebens in der angegebenen Weise genießen sollt, geht von mir aus. Ich habe nur noch hinzuzufügen, daß Ihr in bezug auf die Beobachtungen, von welchen auch gesprochen wurde, unsere Wünsche richtig versteht. Die besten, edelsten Menschen haben, vielleicht unverschuldet, in häufigen Fällen sogar ererbte Gewohnheiten, die geeignet sind, ihr ganzes Lebensglück zu zerstören. Mein Herr Gemahl hat auch ohne eigenes Verschulden eine Unzuträglichkeit ererbt und das ist sein Jähzorn."

„Fast wäre dieser Jähzorn," fuhr die Gräfin fort, „gestern von verhängnißvollen Folgen begleitet gewesen, da er in demselbem gegen seinen Sohn, gegen Heinrich, ungerecht vorgegangen wäre. Doch gelang es mir noch rechtzeitig, meinen Gemahl von seinem Unrechte zu überzeugen und ich will fortan der bestimmten Hoffnung Raum geben, daß zwischen ihm und Heinrich das wahre, innige Verhältniß wie es zwischen Vater und Kind sein soll, bestehen bleibt."

Heinrich umarmte und küßte mächtig bewegt Gräfin Ottilia. Auch Karl ließ sich herbei, die Gräfin zeremoniell zu umarmen.

Graf Schewing betrachtete diese Gruppe mit seltsam gemischten Gefühlen. Seine Lippen waren fest zusammengepreßt und ein eigentümliches Feuer sprühte aus seinen Augen. Seine Blicke ruhten auf beiden, ihm ähnelnden Köpfen seiner Söhne und die in seinem Innern tobende, seine Sinne durchwirrende Stimme fragte in dem Augenblicke lauter und mächtiger als je: Wo Blaublut — wo Pöbelblut?

(Fortsetzung folgt.)

Fast wäre der Verfasser des Sprechsaal-Artikels der Wahrheit auf die Spur gekommen; er war nicht sehr weit davon entfernt. Er nimmt nämlich irrthümlich an, daß die 142 Tagelöhner — die übrigen zählt er ja nicht mit — nur 110 Gesellen ersetzen. Wenn dies der Fall wäre, dann könnte es den Unternehmern hinsichtlich ihres Profits ganz gleich sein, ob sie Tagelöhner oder Gesellen beschäftigen. Der Tagelöhner bekäme dann zwar weniger Lohn, leiste aber auch dementsprechend weniger. Diese Annahme trifft aber nicht zu. Auf den ihm zugewiesenen Posten leistet der Tagelöhner, sobald er sich eingearbeitet hat — und dies nimmt nur wenige Tage in Anspruch — ganz **dasselbe** Quantum Arbeit und **muß** es leisten als wenn ein Brauergeselle an seiner Stelle stände, nur daß er dafür **schlechter** bezahlt wird.

Nach der Aufstellung des Verfassers des Sprechsaal-Artikels erhalten die Tagelöhner bei durchschnittlich zehnstündiger Arbeitszeit von 18 Mk. wöchentlich bis 105 Mk. monatlich. Nur in einer Weißbierbrauerei, die aber bei obiger Aufstellung nicht in Betracht kommt, erhalten sie 120 Mk. pro Monat. Rechnen wir nun durchschnittlich 100 Mk. pro Monat, eine Summe, die gewiß nicht zu niedrig, weit eher noch zu hoch gegriffen ist, so verdienen die Unternehmer an diesen 142 Tagelöhnern, da die Gesellen nach denselben Angaben durchschnittlich monatlich 120 Mk. erhalten, 142 mal 20 gleich 2840 Mk. monatlich oder über 30000 Mk. jährlich.

Und das ist des Pudels Kern!

Nicht die angeblichen „Hetzereien der ewig Unzufriedenen", nicht das Zuhilferufen der „Rothen" und am allerwenigsten unser Verband ist es, der die Gesellen durch Tagelöhner verdrängt, sondern das Bestreben der Unternehmer, ihr Bier billiger herzustellen und trotzdem keine Einbuße am Unternehmergewinn zu erleiden. Und dies Bestreben kann man nicht einmal dem einzelnen Unternehmer zur Last legen, weil die Konkurrenz die Unternehmer oft zu Schritten zwingt, die sie lieber nicht thun würden, wenn sie nicht bei Strafe des Unterganges dazu gezwungen wären. Der einzelne Unternehmer ist nur zu bekämpfen, wenn er, ohne von der Konkurrenz dazu gezwungen, nur aus elender Profitgier billigere Arbeitskräfte einstellt. Dies haben die Arbeitnehmer zum großen Theil auch eingesehen und daher richtet sich ihr Kampf nicht gegen den einzelnen Unternehmer, wie man uns gern glauben machen und wozu man uns auch gern anleiten möchte, nein, der Kampf richtet sich gegen das fluchwürdige **System**, daß solche für die arbeitende Bevölkerung nachtheilige Früchte zeitigt. — Durch den letzten Absatz erledigt sich auch das einfältige Geschreibsel des witzig sein wollenden „Dixi", auf dessen Ausführungen näher einzugehen, wir für überflüssig halten. —

Die Brauerei-Hilfsarbeiter.

Wenn die „Bundeszeitung" auch nur den geringsten Anspruch darauf machen könnte, ernst genommen zu werden, dann müßte man allerdings zu der Ansicht gelangen, als ob es Brauerei-Hilfsarbeiter erst von dem Augenblick an gegeben hätte, als unser Verband aus dem Fahrwasser der allgemeinen Duselei und Verdummerei heraus und in das der modernen Arbeiterbewegung und der Aufklärung hineingesteuert wurde.

Diese „Bundeszeitung" macht uns bei jeder passenden oder auch nicht passenden Gelegenheit den Vorwurf, daß wir diejenigen seien, die den Tagelöhnern Thür und Thor öffneten und die sogenannten gelernten Arbeiter immer mehr aus Lohn und Brot brächten.

Die Beweise für diese Behauptung sieht die „Bundeszeitung" und mit ihr die „Herren Gesellen" darin, daß auf dem letzten Delegirtentage eine Verbrüderung mit den Hilfsarbeitern geschlossen wurde und diese nun auch in den Verband aufgenommen werden. Um dieses dem deutschen Brauerstand drohende Unheil abzuwenden, hilft die „Bundeszeitung" den „Herren deutschen Brauergesellen" ihr schönstes und stärkstes Parade- und Schlachtroß, das den stolzen Namen „Standesbewußtsein" führt, besteigen (vernünftige Leute betrachten es allerdings nur als einen alten abgetriebenen Racker), und die „Herren Gesellen" reiten dann dieses „edle Vollblut" in allen „höheren", manchmal auch recht niedrigen „Gangarten" vor, um dann zum Schluß mit einer kräftigen „Attacke" den Verband zur „Strecke" zu bringen.

Dieses Manöver wurde auch in der Nummer 14 der „Bundeszeitung" wieder beliebt. Und zwar ist diesmal der Gaul „Standesbewußtsein" mit „einem erfreulichen Zeichen" aufgezäumt. Geritten wird natürlich wider gegen uns und die Hilfsarbeiter. Unter dem erfreulichen Zeichen wird uns nämlich erzählt, daß schon viele (?) Kollegen in allen Gauen Deutschlands zu der Einsicht gekommen sind, daß eine Verbrüderung mit den Tagelöhnern nur zum Schaden des „Gesellenstandes" sein kann, **da diese Elemente bisher den Stand der Gesellen am meisten schädigten.** Wir hätten freilich diesen „Gesellen" nicht so viel Wahrheitsliebe, noch viel weniger aber so viel Erkenntniß zugetraut, als thatsächlich in diesen wenigen Worten liegt. Die Herren wissen also, daß nicht wir die Hilfsarbeiter in die Geschäfte hineingebracht, sondern daß diese Elemente schon **bisher** den Stand der Gesellen schädigten. Diese Hilfsarbeiter aber waren **bisher** auch die schädigenden Elemente für uns und unsere Bewegung. Da aber nicht anzunehmen ist, daß die humanen Unternehmer weder den „Herren Gesellen" zu Liebe noch uns zum Trotz auf diese Hilfsarbeiter verzichten werden, da diese **bis jetzt** eine billigere Arbeitskraft waren als wir, und es dem Unternehmerthum trotz „der schönen Augen" der „deutschen Herren Brauergesellen" einzig und allein um einen möglichst hohen Profit zu thun ist, so müssen **wir** versuchen, diese schädigenden Elemente auf irgend eine Art und Weise **unschädlich** zu machen. Durch **Brutalität** und im **Hochgefühl** des **Standesbewußtseins** wird dies aber schwerlich zu erreichen sein, denn dadurch wird der Haß, den gewisse **Einfaltspinsel** durch ihren **Eigendünkel** bereits angefacht haben, nur neue Nahrung erhalten, und der Schaden, den uns diese Elemente **bis jetzt** zugefügt haben, ein noch größerer werden. Daß das Unternehmerthum das meiste Interesse daran hat, daß sich die Arbeiter nicht vereinigen, sondern sich im gegenseitigen Kampf selbst zerfleischen, das wissen wir und begreifen deshalb den Eifer und den Geifer, mit welchem die „Herren Gesellen" über unsere Vereinigung mit diesen Arbeitern herfallen, sehr wohl, und daß ihnen die Mittel, womit wir die schädigenden Elemente unschädlich zu machen denken, nämlich sie durch Aufklärung und Versöhnung zu uns herüber zu ziehen, nicht passen, auch.

Gehen wir auf den Vorwurf, der uns in der „Bundes-Zeitung" gemacht wurde, daß wir diejenigen seien, die den Gesellenstand ruiniren, etwas näher ein. Thatsache ist und bleibt, daß durch die Entwicklung der Technik die menschliche Arbeitskraft immer mehr brach gelegt wird und heute in allen Branchen ungelernte Arbeiter beschäftigt werden. So auch in der Brauerei. Uns dafür verantwortlich zu machen, kann einzig und allein ein Blatt fertig bringen, das in wirthschaftlicher Beziehung die „Kenntnisse der „Bundeszeitung" besitzt. Wer hat denn aus vielen hundert Fabriken die gelernten und ungelernten Arbeiter vertrieben und an deren Stelle die Frauen- und Kinderarbeit gesetzt? Wer hat dafür gesorgt, daß so viele Familienväter heute keine Arbeit mehr erhalten können und daheim den Hausstand versehen müssen, während Frau und Kinder gezwungen sind, von früh Morgens bis tief in die Nacht in den Fabriken zu arbeiten, um nur das allernothwendigste zu verdienen? Da die „Bundeszeitung" in ihrer bodenlosen Unwissenheit sofort bei der Hand ist und sagt, die Fabrikanten werden durch die Unzufriedenheit der Arbeiter gezwungen, zur Frauen- und Kinderarbeit zu greifen, wie sie bei uns sagt, unsere „Herren Arbeitgeber" werden durch die „Hetzerei" und die „Unzufriedenheit" der Kollegen gezwungen, Hilfsarbeiter einzustellen, wissen wir. An eine Entwicklung glaubt diese Zeitung nicht, ebensowenig an eine Profitgier des Unternehmerthums. Wahrscheinlich ist sie von dieser Krankheit selbst so heimgesucht, daß sie gar nicht weiß, was Profitgier oder Profithunger eigentlich ist. Die Schreibweise dieses Musterarbeiterorgans könnte wahrlich keine andere sein, wenn sie der gewissenloseste Ausbeuter herausgebe. Nicht wir, ebensowenig die Sozialdemokratie sind es, die den Gesellen, den Arbeiter, den Mittelstand und noch so verschiedene andere Stände ruiniren, sondern es ist die Entwicklung der Technik und der Profit des Unternehmerthums. Dieses Unternehmerthum, welches es verstanden hat, alles, was menschliche Arbeit hervorbringt, sich anzueignen, es würde die Menschheit verderben, wenn ihm nicht durch diese Menschheit Schranken gesetzt würden, die der **Selbsterhaltungstrieb** gebieterisch fordert. Und so ist es auch bei **uns** der **Selbsterhaltungstrieb**, der uns die Wege vorzeichnet, die wir zu gehen haben. Würden wir keine anderen Kollegen unter uns haben, als die „Herren deutschen Brauergesellen" sind, und keine andere Zeitung als die „Bundeszeitung" es ist, so würde der Brauerstand bald auf eine Stufe herabgesunken sein, wie sie tiefer nicht gedacht werden kann. Und die Angehörigen dieses Standes würden vor denen, die man mit dem Namen Kuli belegt, wenig mehr voraus haben. Wir weisen nur auf die verschiedenen Städte hin, wo bis jetzt noch keine Bewegung stattgefunden hat, wo die sogenannten „Hetzer" bis jetzt ihre, den „Gesellenstand" so „schädigende Thätigkeit" noch nicht entfalten konnten. Wie sieht es denn dort aus? Dort werden nicht nur die meisten ungelernten Arbeiter beschäftigt, sondern auch die geringsten Löhne, ja sogar herab bis zu 45 Mk. monatlich bezahlt. Und wenn die „Bundeszeitung" die besseren Löhne, wie in Berlin 2c. anführt, so sind diese günstigen Verhältnisse sicher nicht der „Bundes-Zeitung", sondern den Kollegen, die für die Menschenrechte ihrer Mitmenschen einzutreten sind, zuzuschreiben. Wenn es auf die „Bundeszeitung" käme, dann gute Nacht, Brauergewerbe!

Es giebt aber auch sehr viel mehr schädigende Elemente in unserm Beruf als die sogenannten Hilfsarbeiter. Es sind dies jene Massen junger Leute, die den Brauereien in jedem Jahr vom Lande aus zugeführt werden. Wir kennen Brauereien, die in diesem Herbste ihr ganzes Arbeitspersonal vom Lande bezogen haben. Es giebt Braumeister, denen die Leute, wenn sie ihrer Militärzeit genügt haben, schon zu alt sind, die sogar fürchten, in der Kaserne könnten die Leute zu „aufgeklärt" und „faul" geworden sein. Einen verheiratheten Brauer einzustellen, fällt ihnen gar nicht ein, und wenn er und seine Familie tausendmal zu Grunde gehen. Und diese Leute sind dann gezwungen, alle und jede Arbeit zu verrichten. Wir finden deshalb solche als Bau-, als Bahn-, als Straßenarbeiter u. s. w. Aber nicht deshalb, weil sie „verhetzt" worden, sondern weil sie dem Herrn Braumeister zu alt sind und er lieber junge Leute, die nicht denken und deshalb ausbeutungsfähiger sind, einstellt. Aber wie kann man von einer Zeitung wie die Bundeszeitung verlangen, daß sie auf Mißstände aufmerksam macht. Bei ihr giebt es keine Mißstände. Die Brauerei ist nach ihr nicht nur das beste, sondern auch das schönste Gewerbe. Wie soll und kann der Herausgeber einer „**Brauereiarbeitnehmer-Zeitung**", der zugleich auch das Blatt des **Braumeisterverbandes** herausgiebt, Mißstände rügen und die Abstellung aller in der Brauerei vorhandenen Uebelstände anregen, der würde bei den Herren Braumeistern schön ankommen, der hätte sofort seinen Tritt. Und daß dem Herausgeber der „**Braumeister- und Bundeszeitung**" an der ersteren mehr gelegen ist als an der letzteren, begreifen wir auch. Sind doch diese Herren Braumeister mehr als bescheiden in ihren geistigen Ansprüchen, viel bescheidener als in ihren materiellen. Wenn hier die geistigen mit den materiellen gleichen Schritt halten müßten, so wäre ein Herr sicher nicht im Stande, sie zu befriedigen. Aber er schreibt nun einmal für diese Herren und was er schreibt, gefällt, und das genügt. Daß aber unser Heil nicht von dort kommen kann, sondern daß wir es in uns selbst, in unserer Vereinigung und nicht allein mit den Hilfsarbeitern, sondern mit den Arbeitern der ganzen Welt suchen müssen, davon werden sich unsere Kollegen immer mehr überzeugen.

J. Sch.

Korrespondenzen.

Hannover. Aus Kärnten in Oesterreich sendet uns Kollege **Kaiser** einen Gruß mit der gleichzeitigen Mittheilung, daß ihm die Ausweisungsordre des Regierungspräsidenten zu Dortmund, welche wir in Nummer 41 unseres Blattes veröffentlichten, zu Gesicht gekommen ist. Kollege Kaiser hat, wie ferner aus seinem Schreiben hervorgeht, eine Untersuchung der Angelegenheit nachgesucht. Sodann heißt es in seinem Briefe weiter:

„Mir ist es nicht darum, im gelobten Lande Preußen zu leben. Ich habe auch so mein Auskommen, aber Kollegen, laßt Euch durch solche Maßregeln nicht beeinträchtigen, denn unsere gerechte Sache wird zum Ziele führen. Mag die heutige Gesellschaft noch so sehr gegen uns agitiren und alle Mittel zu unserer Unterdrückung in Bewegung setzen, es hilft ihr nichts!"

Zum Schluß kann Kollege K. sein Erstaunen über das Vorgehen einer preußischen Behörde nicht unterdrücken, die noch eine Ausweisungsordre, datirt vom 17. September, gegen ihn erläßt, nachdem er schon den Ort am 24. August verlassen hatte, um sich in seiner Existenz zu verbessern. Allerdings findet er es immerhin erklärlich, daß er sich in Folge seines Eintretens für seine Kollegen nach „oben" natürlich mißliebig gemacht hat. Der Brief endet mit einem kräftigen Appell zum Zusammenschluß und strammer Organisation.

Wir rufen unserem gemaßregelten Kollegen, der jetzt jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle ein neues Heim gefunden, ein herzliches Glückauf zu. Möge er noch lange unserer Bewegung dienen!

Dresden. Nachdem die Maßregelung der Brauer des Bürgerl. Brauhauses zu unserer Zufriedenenheit von dem Direktorium obiger Brauerei zurückgenommen, fand Sonnabend, den 14. Oktober, die vertagte Monatsversammlung im Restaurant „Zum Bürgerbräu" erstmalig wieder statt. (Genanntes Restaurant gehört obiger Brauerei, wurde also während der Bewegung von uns gemieden.) Um halb 9 Uhr eröffnete Vorsitzender Schild die recht gut besuchte Versammlung. Zunächst ließen sich 23 neue Mitglieder im Verein aufnehmen. Zu einem Bericht über die letzten Vorkommnisse in hiesigen Brauereien erhielt hierauf Genosse Tischlermeister Werner das Wort; derselbe sprach als Vorsitzender der Zentralkommission sich recht zufrieden über das Verhalten der jungen Organisation der Brauer Dresdens aus. Redner bedauerte, daß man die Radeberger Angelegenheit habe fallen lassen müssen, da der Hauptzeuge nicht zur richtigen Zeit gefunden werde konnte, weil derselbe nicht angab, wohin er verreiste, seine Bestätigung aber erst an das Kartell gelangt sei, als man schon darüber zur Tagesordnung übergegangen war. Auch über die Maßregelung der Brauer vom Bürgerlichen Brauhaus brachte Redner einen äußerst genauen Bericht. Er hofft, daß am ersten November alles am alten Posten in der Brauerei arbeitet. Redner sprach dann über den Nutzen der Organisation; nur durch Kampf könne man heute der Organisation etwas abringen. Ferner wies Redner auf den Brauergesellenbund hin und kritisirte scharf, in welch' gehässiger Weise derselbe über die Brauer herfalle, welche sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen haben. Doch statistisch konnte Redner nachweisen, daß Organisationen unserer Richtung in 10 Jahren über 300000 Mitglieder zählten, während die Vereine Hirsch-Dunkerscher Richtung in 40 Jahren es nur auf 56000 gebracht. Auch der Gesellen-Verein der Brauer von Dresden und Umgegend gehöre dieser Hirsch-Dunkerschen Clique an, welche nur Schmeichler und Heuchler großziehe. Mit warmem Appell an die Brauer, treu an ihrem Verband und dem Fachverein zu halten, gab Redner gleichzeitig die Versicherung ab, daß in jedem gerechten Kampfe der Brauer mit den Unternehmern wir der moralischen und materiellen Unterstützung der Arbeiter Dresdens versichert sein könnten. Zum Punkt „Gewerkschaftliches" sprachen mehrere Kollegen über den Arbeitsnachweis. Diese Angelegenheit wurde durch Annahme eines diesbezüglichen Antrages dem Gesammtvorstand zur weiteren Veranlassung übergeben. Kollege Größel sprach über die in letzter Versammlung von ihm geäußerten Worte bezüglich des Brauereiwohnens sich insofern berichtigend aus, daß nicht in seinen Aeußerungen lediglich die Brauerei zum Hofbrauhaus der Vorwurf, menschenunwürdige Wohnungen für die Kollegen zu haben, treffen sollte, im Gegentheil seien in einigen Dresdener Brauereien Wohnungen, welche lange keinen Vergleich, bezüglich des guten Wohnens, mit obiger Brauerei aufnehmen könnten. Doch bleibt es eine Nothwendigkeit, daß wir endlich das Kasernenwesen in den Brauereien abschaffen. Ein jeder erfülle, als Arbeiter, seine von selbst angenommene Pflicht, doch nach der Arbeit soll ein jeder sich und seiner Familie angehören. Alsbald schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung vom 21. Oktober. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung Abends 9 Uhr. Bevor derselbe zum ersten Punkt der Tagesordnung überging, gedachte er unseres verstorbenen Mitgliedes Emil Albrecht, worauf die Versammlung das Andenken desselben durch Erheben von den Sitzen ehrte. Hierauf Uebergang zum ersten Punkt: „Beerdigungs-Reglement". Nach kurzer Debatte wurde der Gesammt-Vorstand beauftragt, ein Reglement auszuarbeiten und es der nächsten Versammlung vorzulegen. Beim 2. Punkt: „Stiftungsfest", erstattete Kollege Paul Bericht, doch wurde entgegen den beabsichtigten und vorgeschlagenen Lokalen auf Antrag Kleins der obere Saal im Hammonia-Gesellschaftshaus mit **großer Majorität** zum Abhalten des Stiftungsfestes bestimmt; dasselbe findet Sonntag, den 6. Januar 1894,

statt. Zum 3. Punkt, „Arbeitsnachweis", macht Deffner bekannt, daß die Marienthaler Brauerei ihren Bedarf an Arbeitskräften, den Bedingungen gemäß, nur theilweise vom hiesigen Arbeitsnachweis entnommen hätte, die anderen Brauereien jedoch trotz ihres **Versprechens vom vorigen** Jahre denselben bis jetzt nicht benutzt haben. Beim vierten Punkt: „Bericht vom Gewerkschaftskartell" und „Wahl eines Delegirten" erstattete Kollege Deffner Bericht; derselbe führte aus, daß die Hammonia-Briefpost den vom Kartell ausgearbeiteten Kontrakt nicht anerkannt, in Folge dessen beschlossen wurde, die Hammonia-Post nicht mehr in Anspruch zu nehmen. Redner erwähnte, daß in Altona sich ein bedauernswerther Rückgang in der Gewerkschafts-Organisation bemerklich mache, weshalb beschlossen wurde, öffentliche Versammlungen einzuberufen, dieselben mit tüchtigen Referenten zu versehen und alle Gewerkschaften hierzu einzuladen. Als Delegirter wurde Kollege Klein einstimmig gewählt. Zum 5. Punkt, „Fahnenangelegenheit", wurde dem Vorsitzenden überlassen, wenn eine Reparatur unumgänglich nothwendig ist, dieselbe besorgen zu lassen. Der Vorsitzende schloß die leider schwach besuchte Versammlung, in welcher sich 15 neue Mitglieder aufnehmen ließen, mit einem warmen Appell an die Mitglieder, daß sie für die vom Gewerkschaftskartell ausgegebenen Sammellisten für die streikenden französischen Bergleute kräftig eintreten möchten.

Mülheim a. Rh. Die geistige Schöpfungskraft der Mitarbeiter der „Bundeszeitung" hat sich schon dermaßen reduzirt, daß schon längere Zeit nichts wie Schmähartikel und Verleumdungen schlimmster Art den Hauptinhalt dieses Braumeister- und Vorderburschen-Organs bilden. Hierin wenigstens sind sie unerschöpflich, in Auftischung von Lügen und Wahrheitsentstellungen. So fällt diese wuthentbrannte, in ihren Hoffnungen schwer getäuschte Schaar Fußablecker, in Nummer 14 ihres von prickelndem Geiste zeugenden Blättchens über den Vorstand unseres Mülheimer Zweigvereins her. Es wird da behauptet, Genosse Unruh hätte erklärt, er würde sich nicht so viel um den Verband bekümmern, wenn er nicht bezahlt würde. Ich und Alle, die unsern Vorstand kennen und achten wegen seiner Hingabe an unsern Verband, erklären diese Behauptung einfach als eine Lüge. Wir wissen ja alle nur zu genau, daß Genosse Unruh für seine Bemühungen keinen Pfennig erhält, auch sich dieserhalb nicht ausdrücken würde, wäre es wirklich der Fall. Wir glauben auch fernerhin nicht, daß der Schreiber dieser schmutzigen Einsendung Mitglied unseres Verbandes ist. Ich glaube vielmehr, daß wir nicht weit zu langen brauchen hier in Mülheim, um dieses am faulen Riesenschwamm der europäischen Sklavenhalter wuchernde Pilzchen herauszufinden. Doch wir geben ihm, was er verdient, unsere vollste „Achtung". Was nun unsern Vorstand Unruh anbelangt, so erklärte er, niemals in dieser Hinsicht das Geringste geäußert zu haben. Und wir glauben ihm. Wir bitten ihn auch von Herzen, auch fernerhin dem Verbande seine Kräfte zu weihen, wie er es bisher gethan, sich nicht um das Gekläffe einer Meute Braumeisterstellen Suchender zu bekümmern, sondern ruhig seine Wege zu schreiten. Die Hochachtung und treue Begleitung seiner Mülheimer Genossen ist ihm gewiß.

Achtung.

Der Brauer **Heinrich Dölfs** aus Gr. Buchholz bei Hannover schwindelte seiner Braut die ersparten 600 Mark ab und verduftete nach Hinterlassung von noch einigen hundert Mark Schulden bei Wirthen sowie Kollegen auf Nimmerwiedersehen. Wir bitten die Kollegen, wenn möglich, uns von seinem Aufenthaltsort zu benachrichtigen. Man vermuthet, daß er sich nach **Frankreich** geflüchtet, und bitten wir auch die französischen Kollegen, uns Mittheilung zu machen, wenn sie von dem sauberen Patron etwas hören sollten.

J. A.: R. Wiehle.

Vermischte Nachrichten.

— **Staatsbetriebe sollen Musteranstalten sein.** Wie weit sie aber noch davon entfernt sind und wie berechtigt oft die Klagen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sind, zeigen die Mittheilungen eines Hilfsbremser der Stettiner Bahn, die das Glück schildern, dessen sie im Reiche des Herrn Thielen theilhaft werden. Der Lohn dieser Arbeiter beträgt 1 Mk. 80 Pf. bis 2 Mk. 30 Pf. pro Tag. Jahrgelder giebt es 30 Mk. für den Monat, das Krankengeld beträgt 1 Mk. 40 Pf. und Miethsentschädigung giebt es gar nicht. „Feiertage sind auch nur rare Dinge für uns", heißt es weiter, „und falls einmal jemand sich freimachen muß, so zieht ihm der Vorsteher den Ausfall am Lohn ab. So gut wie bei den Schaffnern ist auch hier Besserung dringend nöthig, aber auf Abhilfe hofft unter den heutigen Verhältnissen niemand."

— **Die Finanzminister-Konferenz**, die am Montag in Berlin zusammentrat und an welcher die Finanzminister von Preußen, Sachsen, Württemberg und Hessen theilnahmen, soll sich über den **Weinsteuer-Entwurf** verständigt haben, so daß die Vorlegung desselben an den Reichstag sofort bei Beginn der Session erfolgen wird. Der Ertrag der **Tabackfabrikatsteuer** wird auf 108 Millionen Mark berechnet, wovon aber 8 Millionen Mark als Erhebungskosten in Abzug kommen, so daß eine Nettoeinnahme von **100 Millionen** bliebe. Von den 108 Millionen sollen der Rauchtaback 36,5 Millionen, die Zigarren 71,7 Millionen (bei einer Konsumverminderung um 33⅓ Proz.) einbringen! Von den Gesammteinnahmen würden 60 Millionen Mark von der unbemittelten, die geringwerthigsten Tabackfabrikate konsumirenden Bevölkerung getragen werden.

Aufruf

an sämmtliche im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen.

Kollegen! Vor drei Jahren unternahm es eine kleine Schaar von Kollegen, eine Kellnerbewegung in's Leben zu rufen, welche vollständig auf dem Boden des heutigen Klassenkampfes stehen sollte, da die bereits bestehenden Kellnervereine, wie „Deutscher Kellnerbund" (Leipzig) und „Genfer-Verband", sowie noch verschiedene andere Vereine, welche auf dem Standpunkte stehen, daß die Lage der Gastwirthsgehilfen nur mit Hilfe der Arbeitgeber gebessert werden könnte, infolge ihrer Tendenz und Zusammensetzung der Verwaltung nicht in der Lage sind, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für uns zu schaffen.

In der Erkenntniß, daß auf dem Wege des Zusammengehens mit dem Arbeitgeber durchaus nichts für die Besserstellung der Angestellten im Gastwirthsgewerbe zu erreichen ist, da die Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig verschieden sind, haben sich in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Danzig, Altona, Wandsbeck u. s. w. Vereine gebildet, die auf dem Boden des heutigen Klassenkampfes stehen.

Ein Beweis für den guten Erfolg dieser Bewegung ist jedenfalls die Thatsache, daß die eben benannten Vereine bereits eine Mitgliederzahl von 4000 aufzuweisen haben und in dem Gastwirthsgehilfen ein Organ besitzen, das in energischer und thatkräftiger Weise mit Erfolg für die Interessen der Gastwirthsgehilfen eintritt und bereits in einer Auflage von über 3000 Exemplaren erscheint. Da sich nun das dringende Bedürfniß geltend macht, unter den im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen eine rege und thatkräftige Agitation im Verein mit der modernen Arbeiterbewegung zu entfalten, ist unterzeichnete Kommission beauftragt worden, Vorbereitungen zu einem im Frühjahr 1894 abzuhaltenden Kongreß aller im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen zu treffen.

Auf demselben sollen alle uns betreffenden Fragen, wie Arbeits- und Lohnverhältnisse, Stellenvermittelung, Presse, Organisation und Agitation diskutirt werden. Ort, Zeit, sowie Tagesordnung des Kongresses werden rechtzeitig bekannt gemacht.

Wir richten nun an alle Berufsgenossen Deutschlands das Ersuchen, Stellung dazu zu nehmen, die Frage öffentlich zu diskutiren und etwaige Wünsche und Anträge uns zu unterbreiten, wir sind zu jeder Auskunft gern bereit.

In der zuverlässigen Hoffnung, daß auch dieser unser Aufruf in den Herzen aller Kollegen den weitesten Widerhall finden möge, und daß das Jahr 1894 wieder einen Stein zum Bau der großen allgemeinen Arbeiterbewegung schaffen wird, um das darbende Volk aus den Fesseln des heutigen Kapitalstaates zu befreien, schließen wir mit dem Ausspruche Lassalles: „Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll."

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag.

Die Kommission:

K. Fröhlich. R. Hoffmeyer. H. Horn. M. Thomas. W. Reiter. Th. Flindt. A. Rudolf.

Alle Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden der Kommission, R. Hoffmeyer, Altona a. E., Große Prinzenstr. 20.

Versammlungs-Kalender.

Bochum.

Sonntag, den 5. November, Nachmittags 4 Uhr: **Monatsversammlung** bei Hegemann, Friedrich- und Rottstraße Ecke. Tagesordnung: 1. Einziehung der Beiträge. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Die Kollegen von Bochum und Umgegend werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Dresden.

Sonnabend, den 4. November, Abends 8½ Uhr: **Monats-Versammlung** des Fachvereins von Dresden und Umgegend im Saale des Restaurant zum „Bürgerbräu", am Altmarkt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehen der Monatsbeiträge. 2. Vortrag des Herrn Oberlehrers Professor Dr. phil. B. Th. Hohlfeld. Thema: „Ueber den Zweifel". 3. Gewerkschaftliches.

Mülheim a. Rh. u. Umgebung.

Sonnabend, den 28. Oktober, Abends 8½ Uhr: **Mitglieder-Versammlung** der hiesigen Zahlstelle im Vereinslokale, Wallstr. 29. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen **Wiehle** aus **Hannover.** Um zahlreiches Erscheinen auch der Nichtmitglieder wird gebeten.

Von den Zweigvereinen empfohlene

Brauerverkehre:

Altenburg: H. Dose, „Gasthof zum Rautenkranz", Hillgasse.
Andernach: Karl Wolf, Brauer- und Küfer-Verkehr, Hochstr. 175.
Berlin: Friedrich Keller, Central-Herberge, Neue Friedrichstr. 20.
Braunschweig: Gasthaus „Bayrischer Hof", Ch. Everling, Oelschlägern 40.
Brüssel: W. Schanten, Brauerverkehr, 129 rue du Midi, und Jean Vandermeulen, Boulevard d'Anderlecht 6.
Dessau: Gasthaus zur Stadt Braunschweig, C. Schmidt, Leipzigerstraße 24 b.
Dortmund: J. Kredel, Hauptbrauerverkehr, Stubengasse.
Dortmund: Heinr. Brinkmann, Westenhellweg 111.
Dortmund: Frau Steinbach 1. Kampstraße 97.
Dortmund: H. Wutke, Auf dem Berge 6.
Duisburg: Aug. Röhrig, Universitätsstraße.
Elberfeld-Barmen: B. Döhler, Brederstraße 59.
Fürth: Brauer-Herberge „Gasthaus zum grünen Baum", Gustavstr
Hanau: Stadt Frankfurt.
Hannover: Gasthaus zum neuen Kleeblatt, Knochenhauerstraße 5, Rosenkranz.
Hamburg: M. Grützner, vorm. Krebber, Hopfenstraße 21.
Karlsruhe: Brauerei Philipp Zahn, Kaiserstraße 33.
Kiel: Gasthaus Franzen, Steinberg.
Leipzig: Hermann Gurach, Windmühlenstraße 40 und Gustav Winkler, Restaurateur, Tauchaerstraße Nr. 8.
Lübeck: H. Neumann, „Berliner Hof", Fünfhausen.
Mannheim-Ludwigshafen: Gasthaus zum halben Mond, Jakob Theilacker.
Magdeburg: Hotze, Braune-Hirschstraße.
Metz: Haupt-Brauer und Küfer-Verkehr, August Theobald, Gasthaus „Zur Linde", Große Saalbrückenstraße 4.
München: Hauptverkehr der Brauer Münchens im Gasthaus zur „Arche Noah" von Joseph Held, Knöbelstraße 6.
Mülheim a. Rh. Brauer- und Küferverkehr von Heinr. Müller
Nürnberg: „Weißer Schwan", Theresienplatz.
Stuttgart: J. Jauß, Tivolibierhalle, Tübingerstraße 15 und Jörger, Gasthaus zum Ochsen, Hauptstädterstraße.

Inserate.

Wo befindet sich der Brauer

Leo Spychalski?

Um Angabe der Adresse bittet sein Bruder **W. Spychalski,** Stettin, Victoria-Brauerei.

Wo befindet sich der Brauer

Stanislaus Klausewitz,

geboren zu **Posnitz,** Kreis Leobschütz?

Gefl. Angaben sind wegen dringender Familienangelegenheiten an den Brauer **Friedrich Klausewitz, Berlin,** Brückenstraße 12, zu richten.

Mannheim.

Halte allen Fremden und Kollegen mein

Gast- und Logirhaus

bestens empfohlen. **Gute** und **billige Speisen** und **Getränke,** sowie gutes und **billiges Logis.**

Jacob Theilacker,
H 2, Nr. 3.

Ochsenmaulsalat

ausgezeichnete Waare, das 5 Kilo-Fäßchen zu 3,60 Mk. franko nach allen Orten Deutschlands, empfiehlt allen Kollegen auf's Beste

Philipp Loschky,
Nürnberg, Fünferhaus.

Zweigverein Hamburg.

Todes-Anzeige.

Den Verbandsmitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied

Emil Albrecht

nach langem, schwerem Leiden am 14. d. Mts. sanft verschieden ist. Wir verlieren in ihm einen tapferen treuen Kollegen u. Parteigenossen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand unter zahlreicher Betheiligung Mittwoch, den 18. d. Mts., vom Eppendorfer Krankenhause mit Fahne und Musik statt.

Der Vorstand.

Zweigverein Hamburg.

Die Mitglieder des Hamburger Zweigvereins werden dringend aufgefordert, ihre alten Verbandsbücher bis zum **30. Oktober** an den Kassirer **Moritz Grützner, Hopfenstraße 21,** einzuliefern. Diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben ihre Bücher auf ihre eigenen Kosten an den Verbandsvorsitzenden **R. Wiehle** einzusenden.

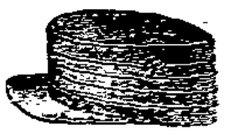
Der Vorsitzende: **Deffner.**

Brauer- u. Mälzer-Mützen

sowie

Hüte in sämmtlichen Neuheiten der Saison

empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen. Bei Bestellungen nach außerhalb erbitte Kopfweite in Centimetern, sowie Farbe und Façon anzugeben. Die Sendungen nach auswärts werden per Nachnahme oder gegen vorher eingesandten Betrag schnellstens effektuirt.



Stoff-Mützen in allen Farben, 1,50—2,00 Mark, **Seidene Mützen,** schwarz oder bunt, 2,00—2,50 Mark.

Carl Fiedler, Dresden,
Schäferstraße 53.

Berlin.

Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes

Restaurant mit Central-Herberge

Neue Friedrichstraße 20,
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).

Hochachtungsvoll

Friedrich Keller.

Berlin.

Der Brauerverkehr von H. Gärtner

hält sich den Kollegen bestens empfohlen.

Hermann Seibel,

Hannover, Hildesheimerstrasse 240, Ecke Aegidienthorplatz,

früher Zuschneider der Firma Dickmann u. Co., Deisterstr.,

empfiehlt sein **Lager** in nur **besten deutschen** und **englischen Stoffen** zur **Anfertigung eleganter, tadellos sitzender Herren-Garderobe.** Nur nach Maß. Billige Preise.

Prima Referenzen von vielen Herren Brauern stehen zu Diensten.

Gute, dauerhafte Wäsche, Woll- u. Galanteriewaaren, Mützen, Handkoffer, gr. Koffer, Holzschuhe u. s. w.

empfiehlt

Joh. Dohm, Kiel, Winterbeckerstr. 12.

Georg Gebrig,

Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Wallstraße Nr. 10,

liefert die besten nur handgestrickte **Schafwoll-Socken** nebst prima **Leibwäsche.**

Verlag von R. Wiehle, Linden-Hannover. Druck von Maercker & Augustin, Hannover.